

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 18

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

Wenn je Bewegung in den sino-sowjetischen Stellungskrieg kommen sollte, so hatten wir dieses Frühjahr nach den Ussuri-Zwischenfällen geschrieben (siehe ZB Nr. 10 «Sinkiang und die Mongolei», sowie ZB Nr. 7, «Zusammenhänge»), dann seien die anfälligen Gebiete nicht an der mandschurisch-sibirischen Grenze zu suchen, sondern dort, wo Sinkiang an die asiatischen Sowjetrepubliken grenze.

Inzwischen haben sich die Auseinandersetzungen tatsächlich in jenes Gebiet verlagert. Nun heisst das noch lange nicht, dass deswegen ein «Bewegungskrieg» zu erwarten wäre. Aber rein geographisch sind hier Voraussetzungen dazu gegeben, die bei der Konfrontation am Amur und Assuri einfach fehlten. Dort stehen Chinesen und Russen (die früheren ethnischen Minderheiten auf sowjetischer Seite sind belanglos geworden) einander direkt gegenüber, und das Hinterland ist beidseitig gefestigt. Sowohl das fernöstliche Sibirien als auch die chinesischen Nordostprovinzen Heilungkiang und Kirin sind in ihrer territorialen Zugehörigkeit eindeutig fixiert, und die platonischen chinesischen Gebietsansprüche aus den letzten hundert Jah-

ren für die nächsten hundert Jahre ändern nichts daran, wenigstens nicht für die politisch voraussehbare Zukunft.

Im Falle Sinkiangs und Kasachstans liegt die Sache anders. Beidseits der Grenze leben Turkvölker gleicher Herkunft. Dabei besteht allerdings der Unterschied, dass im Norden der Grenze die Sowjetisierung durchgeführt ist, während im Süden eine entsprechende «Sinisierung» zwar nach Kräften gefördert wird, aber keineswegs erfolgreich abgeschlossen ist. Sinkiangs chinesische Zugehörigkeit war weder in der alten noch in der neuesten Zeit kontinuierlich. 1933 hatte sich die Provinz als unabhängig erklärt und gehörte dann zur Zeit des Kuomintang zum sowjetischen Einflussbereich. Erst unter kommunistischer Herrschaft vermochte sich China das Gebiet wieder anzueignen und konstituierte dann 1955 die heutige Ujghurische Autonome Region Sinkiang.

Bei jeder sino-sowjetischen Auseinandersetzung in diesem Gebiet ist ganz eindeutig China vulnerabel. Sinkiang hat als nukleares Testgebiet seine ganz enorme strategische Bedeutung, leistet mit seinen Erdölvorkommen einen wichti-

gen Beitrag zur Energieversorgung des Landes und hat vielversprechende Bodenschätze aufzuweisen. Dabei aber ist die zentrale Kontrolle wohl nirgends schwächer als in diesem dünnbesiedelten Gebiet, wo keine zehn Millionen Einwohner auf einer Fläche wohnen, die gut 40mal so gross ist wie die Schweiz. Der chinesische Anteil an der Einwohnerschaft wird auf etwa drei Millionen geschätzt, was zwar gegenüber 1949 eine Zunahme um tausend Prozent bedeutet, aber noch lange keine Majorisierung der ursprünglich ansässigen Volksgruppen. Diese können unter zulässiger Vereinfachung allesamt als potentielle Feinde der Chinesen betrachtet werden. Man darf annehmen, dass sie eine allfällige sowjetische Intervention tatsächlich als Befreiung begrüßen würden. Sie könnten dadurch vielleicht zu einer nominellen Unabhängigkeit im Stile der Mongolei unter sowjetischer Protektion kommen.

Im übrigen ist gerade die jüngste Geschichte der Mongolischen Volksrepublik in diesem Zusammenhang aufschlussreich, wenn auch natürlich die unterschiedlichen Voraussetzungen nicht zulassen, dass man daraus einen Präze-

## Der Buchtip

**Ota Sik: «Fakten der tschechoslowakischen Wirtschaft.» Verlag Fritz Molden, Wien/München/Zürich, 1969. 140 Seiten. Aus dem Tschechischen übersetzt.**

Der tschechoslowakische Oekonom und Wirtschaftspolitiker Professor Ota Sik ist keine unbekannt Persönlichkeit im Westen. Sein 1967 auch in deutscher Sprache veröffentlichtes Werk «Plan und Markt im Sozialismus» ist eine ausgezeichnete Darstellung jenes neuen sozialistischen Wirtschaftsmodells, mit dem die Prager Reformer das ihnen aufgedrängte und sich nachher als ungeeignet erweisende sowjetische System ersetzen wollten. Um die damit zusammenhängenden komplizierten Fragen auch für die breite Öffentlichkeit verständlich zu machen, hielt Professor Sik in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres sechs interessante Fernsehvortrüge, in denen er die Gründe der Reformbedürftigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft eingehend erläuterte. Diese Vortrüge wurden nun in dem vorliegenden Band zusammengefasst, das am Beispiel der Tschechoslowakei über das gesamte wirtschaftliche System des Ostens ein sehr genaues und aufschlussreiches Bild vermittelt.

Der Kern der tschechoslowakischen Schwierigkeiten besteht nach Professor Sik darin, dass die Expansion der Wirtschaft durch extensive Mittel, d. h. bei steigender Arbeitskräftezahl und sinkender Arbeitsproduktivität gefördert wurde. Gleichzeitig gingen auch die einträglichen westlichen Märkte verloren, denn die Mitgliedländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe bestanden mit Nachdruck darauf, dass «die Tschechoslowakei ihre Beziehungen mit dem Westen radikal

einschränken und alle ihre Erzeugnisse mit Vorrang den sozialistischen Staaten anbieten solle». Den grössten Fehler, den man beim Aufbau des Sozialismus begangen hat, sieht der Verfasser in der «künstlichen Unterdrückung der Marktverhältnisse», denn ohne einen wirksamen, vom Spiel des Angebots und der Nachfrage gelenkten Preismechanismus kann auch der Sozialismus nicht auskommen.

Der Durchschnittsbürger konnte sich über den wahren Stand der einheimischen Wirtschaft kein klares Bild machen, denn veröffentlicht wurden nur jene Daten, welche die Wirtschaft des Landes in ein günstiges Licht rückten. Im Vordergrund stand die Quantität, obwohl für den Fortschritt nicht der Kilogrammwert des erzeugten Stahls, sondern vor allem das technische Niveau von Bedeutung ist. Aber eben hier ergaben sich schwerwiegende Vernachlässigungen. Aus rein ideologischen Erwägungen wurde z. B. die Kybernetik auch noch zu jener Zeit als eine «bourgeoise Pseudowissenschaft» verdammt, als man im Westen bereits Hunderte dieser Anlagen installierte.

Am prägnantesten traten die Fehler des sozialistischen Systems sowjetischer Prägung auf dem Gebiete des Aussenhandels zum Vorschein. «Wenn wir», schreibt Professor Sik, «z. B. eine Tonne Blech tschechoslowakischer Erzeugung im Durchschnitt für 627 Kronen exportieren, den selben Artikel hingegen im Ausland für beinahe das Doppelte, für 1232 Kronen, einkaufen, dann zeugt diese Tatsache selbst von einer krankhaft niedrigen Verwertung des Rohstoffes, den wir darüber hinaus einführen.» Bei den Rohren ergab sich das gleiche Bild, denn einem Exportpreis von 1000 Kronen je Tonne stand ein Importpreis von 4958 Kronen gegenüber. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, dass sogar die Zentralstellen den Aussenhandel «nicht etwa als eine

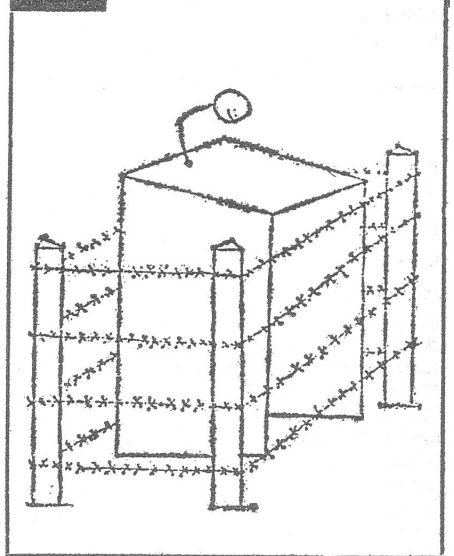
Quelle des nationalen Reichtums aufgefasst, sondern eher als eine unausweichliche Folgeerscheinung unserer Produktion» betrachtet haben.

In den weiteren Kapiteln erläutert der Verfasser die Gründe des relativ niedrigen Lebensstandards der tschechoslowakischen Bevölkerung, die mangelhafte Kaderpolitik und viele andere wichtige Fragen der tschechoslowakischen Wirtschaft.

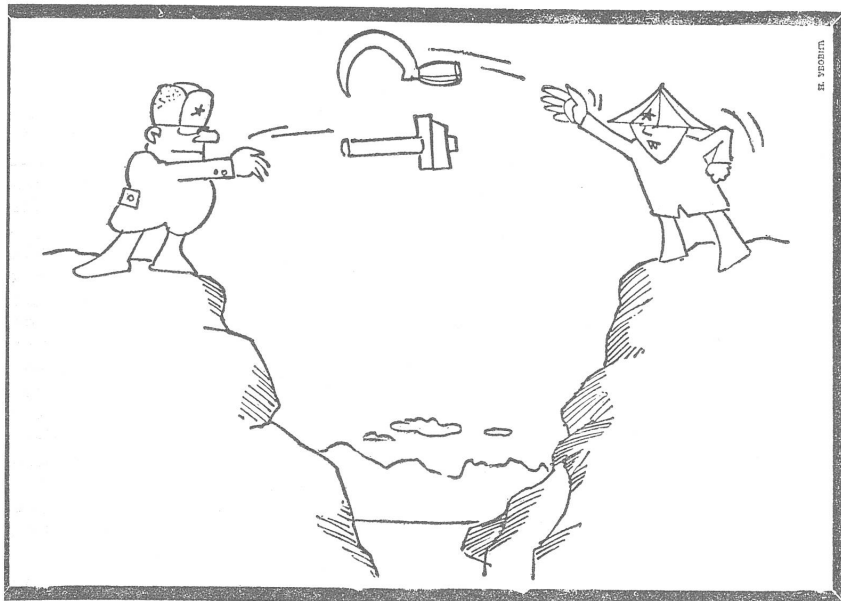
Besonders interessant ist auch das von Professor Sik verfasste Vorwort, in dem er die Verlogenheit der gegen ihn geführten östlichen Kampagne entlarvt.

E. Sch.

## RADIČ: POMLAD 1969



Frühling 1969. («P. 24», Bratislava)



«Jesch», Belgrad.

denzfall konstruiert. Immerhin ist die Aeusserer Mongolei in den letzten Jahren auf durchaus friedliche Weise aus einem chinesischen Einflussgebiet zu einem sowjetischen Satelliten geworden, ohne dass China imstande war, irgend etwas dagegen zu tun.

Freilich kommt es heute nicht in Frage, dass sich die Sowjetunion etwa Sinkiang widerstandslos aneignen könnte. Schon allein die militärische und wirtschaftliche Wichtigkeit dieser Provinz müsste China zum denkbar grössten Widerstand veranlassen. Im Falle einer «unfriedlichen» Aneignung aber müsste sich die Sowjetunion fragen, welchen Preis sie dafür würde bezahlen müssen. Das wäre mindestens ein akuter Kriegszustand an sämtlichen Sektoren der gemeinsamen Grenze, ein permanenter und anganhaltender Kleinkrieg, bei dem China trotz konkurrenzunfähiger Bewaffnung dank seinen Bevölkerungsreserven grosse sowjetische Mittel binden könnte; das wäre eine schwer kontrollierbare chinesische Infiltration in die

Mongolische Volksrepublik. Ein totaler Krieg etwa als nukleare Auseinandersetzung wäre es zwar wohl kaum, weil China gegenwärtig hier einfach nicht mithalten könnte, aber es wäre alles in allem eine sehr grosse und sehr nachhaltige Belastung.

Es ist also nicht gegeben, dass die UdSSR unbedingt Sinkiang annektieren oder daraus einen Pufferstaat à la Mongolei machen will. Immerhin ist es für den gegenwärtigen Stand des sino-sowjetischen Konflikts charakteristisch, dass die Sowjets machtmässig tatsächlich imstande wären, eine solche Amputation am chinesischen Feind vorzunehmen, während China keine auch nur annähernd entsprechende Gegendrohung aufstellen kann. Das ist in formaler Hinsicht gewissermassen ein Paradox, weil es ja China ist, welches auf grosse sowjetische Territorien Anspruch erhebt, aber solche theoretischen Ansprüche sind nicht nur im Falle der «deutschen Ostgebiete» an den bestehenden Machtverhältnissen zu messen.

Nun aber befasst sich die politische Kalkulation normalerweise auch mit den zukünftigen Machtverhältnissen, und in dieser Hinsicht sind im Kreml Ueberlegungen mit gegenläufigen Schlussfolgerungen denkbar. Einerseits könnte China seinen gegenwärtigen Rüstungs- und Machtrückstand aufholen, wobei namentlich Sinkiang als strategische Nuklearprovinz eine echte Gefahr darstellen würde. Dieses Risiko ist an sich geeignet, in Moskau den Wunsch nach einem Präventivschlag zu nähren, den man führen müsste, bevor die Gelegenheit verpasst ist. Andererseits aber macht der für die baldige Zukunft voraussehbare Abgang Maos von der politischen Bühne eine völlig neue Konstellation möglich, ja wahrscheinlich. China könnte sich beispielsweise von seiner gegenwärtigen sowjetfeindlichen Politik jedenfalls so weit absetzen, dass sich eine erhebliche Entlastung für Moskau einstellen würde. Oder das Land, das schon jetzt von inneren Unruhen sehr ernstlich heimgesucht wird, könnte vollends auseinanderfallen, sich in Regionen aufsplitteln, die einander bekämpfen, akute Klassenkämpfe und Revolutionen kennen, was keineswegs ausgeschlossen ist. Einer solchen durchaus denkbaren Entwicklung aber würde die Sowjetunion mit einer kriegerischen Aktion im gegenwärtigen Zeitpunkt geradezu entgegenwirken und China zur Einheit gegen den äusseren Feind verhelfen.

Wie liegen demgegenüber die chinesischen Interessen und Möglichkeiten? Zu einem kohärenten kriegerischen Unternehmen gegen die Sowjetunion fehlen die Voraussetzungen und Mittel, abgesehen davon, dass das sowjetische Abschreckungspotential zum mindesten dosiert eingesetzt werden könnte. Und überdies droht den Chinesen, wie gesagt, schlicht der Verlust ihrer Nordwestgebiete, die eine provozierte Sowjetunion sozusagen als Strafmassnahme an sich nehmen könnte, auch wenn sie das sonst gar nicht im Sinne hätte. Das alles kann China manifesterweise nicht wollen. Dafür kann es ein Interesse an der Beibehaltung einer permanenten Krise haben, welche das Land auf ein äusseres Feindbild prägt und einigt. Dabei aber müsste man in Peking immer imstande sein, die sowjetische Reizschwelle richtig einzurechnen, wenn man die Katastrophe vermeiden will. Und das ist etwas, was sich schon in andern Hauptstädten als äusserst schwierig erwiesen hat. *cb*

## Lateinamerikanische Ausblicke

von Alphonse Max

Das Militärregime in Peru, das aus einem Offiziersputsch entstanden ist, zieht sämtliche Register einer typischen extrem linken Diktatur. Die marxistischen Publizisten auf diesem Kontinent überwinden rasch ihre Verlegenheit, einen militärischen Staatsstreich zu begrüssen, obgleich sie sich sonst grundsätzlich immer gegen Militärdiktaturen aussprechen... natürlich nur, wenn die Putschisten vom «oligarchischen» Lager kommen. Die Obristen in Lima dagegen sind «progressiv» und «volksnah». Dass Fidel Castro dem General Velasco seine Unterstützung aussprach, ist bezeichnend.

Uruguay bleibt weiter das Zentrum subversiver Planung des Kontinents. Sämtliche Pläne zur Unterwanderung Lateinamerikas werden hier geschmiedet, um später an verschiedenen Orten durchgeführt zu werden. Der vor kurzem entdeckte «Plan zur kontinentalen Auflehnung», der im Juni 1969 in Montevideo zusammengestellt worden war, fand vorläufig seinen Niederschlag bei den Unruhen in Argentinien und vor allem bei den Terrorakten in Cordoba, welche dem Regime Ongania einigen Kummer bereiteten.

\*

In Kolumbien und Venezuela haben sich rivalisierende Rebellengruppierungen zusammengeschlossen, und zwar auf sowjetische Vermittlung (die anscheinend mit finanzieller Hilfe im Gesamtbetrag von einer Million Dollar gekop-

pelt war). Vor einem Jahr noch hatte man angenommen, dass die UdSSR im Begriffe sei, die Kontrolle über die vermeintlich immer castristische werdende Aufstandsbewegung vollends zu verlieren. Aber inzwischen steht ja Castro selbst mehr als je zuvor unter sowjetischer Vormundschaft.

\*

Der Besuch der sowjetischen Marineeinheiten in Kuba hatte neben seiner politischen Bedeutung auch strategische Zwecke. In Washington nimmt man an, dass die UdSSR in Kuba ein Depot von Raketen der sowjetischen Unterseebootflotte anlegt. Diese zählt gegenwärtig mindestens neun U-Boote der Y-Klasse, von denen jedes 16 Raketen an Bord führt. Anscheinend hatten sich diese U-Boote noch niemals zuvor ausserhalb der sowjetischen Gewässer aufgehalten.